

Sigrid Skarpelis-Sperk

Die Finanzkrise Griechenlands: Giorgos Papandreou als neuer Herkules?

Die Amtszeit der neuen griechische Regierung beginnt in schweren Zeiten:

Mit ihrer nüchternen Bestandsaufnahme der desaströsen Lage der öffentlichen Kassen und der Darstellung der schlimmen Lage der Wirtschaft leistete sie das Nötige und auch Unvermeidliche zum Wohle des Landes.

Sie sieht sich damit aber auch mit einer internationalen Vertrauenskrise gegenüber dem Finanzgebaren Griechenlands konfrontiert. Niemanden darf das wundern: auf der nationalen Ebene hat die Vertrauenskrise gegenüber der politischen Klasse zu dem Wahlergebnis für PASOK , genauer gesagt zu einem Vertrauensvorschuss für Giorgos Papandreou geführt. International aber muss die neue Regierung die Fehler des letzten Jahrzehnts ausbaden. Für andere, große Länder und die Finanzmärkte ist zudem nach dem Finanzcrash die Versuchung groß, von den eigenen schweren Fehlern abzulenken und sich über andere, kleinere Länder aufzuregen: von Island bis Ungarn, von Dubai bis Griechenland. Schuld sind immer die anderen

Auch in Europa war und ist das nicht anders: der frühere Bundesfinanzminister Peer Steinbrück zeigte mit dem Finger auf den US-Immobilien-Crash und musste dann feststellen, dass auch der deutsche Staat mit Milliarden-Garantien und Stützungen für Banken – auch Landesbanken – eingreifen musste und zunehmend in Probleme kam. Nicht nur angelsächsische Banken hatten im Internationalen Finanzcasino hunderte Milliarden verloren.

Ärgerlich daran ist, dass auch ein Teil der seriösen deutschen Presse wie die FAZ und Die Welt dieses „Schwarze Peter-Spiel“ mitspielt. In diesen Wochen sind's die Griechen und Dubai, in den nächsten Wochen werden es andere sein. Wir wollen mit einer kleinen Auswahl von Artikeln aus der deutschen und der internationalen Presse sowie der Regierungserklärung des griechischen Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou in deutscher und griechischer Sprache die Möglichkeit geben, sich umfassender zu informieren.

Leider hat die EU-Kommission statt einer umfassenden, objektiven Information und eines kompetenten Krisenmanagements eine politische Farce mit einer Mischung aus Kakophonie von Verlautbarungen und Nichtstun präsentiert: Nahezu jeden Tag fühlt(e) sich ein Mitglied des Ministerrats wie etwa Fredrik Reinfeldt, derzeit Ratspräsident der EU, Axel Weber, Präsident der Bundesbank, und Claude Trichet, der Präsident der EZB zu warnenden Kommentaren aufgerufen. Selbst Jean-Claude Juncker, derzeit Präsident der Eurogroup der Finanzminister der EURO-Zone äußerte sich nahezu täglich, zudem widersprüchlich: mal voll Zorn über frühere

griechische Fehlleistungen, den anderen Tag schloss er einen griechischen Staatsbankrott definitiv aus.

Eine gute Vorlage für die großen Finanzinstitutionen und Ratingagenturen, nun höhere Risiken auch bei den bisher als Niedrigrisiko eingestuften EURO-Zonen-Regierungen festzustellen, weil dies für ihre Kunden auch höhere Gewinnmargen verspricht zu Lasten des griechischen Staatshaushalts. Gerademaß 9(!) Tage nach der Regierungserklärung des neuen griechischen Ministerpräsidenten kommen zwei der führenden 5 Ratingagenturen zu einer Abwertungseinstufung für griechische Staatsanleihen und griechische Bankaktien gehen an den Börsen in den Keller. Ähnliche Spiele laufen im Moment auch für den nächsten Kandidaten Spanien. Selbst für Frankreich und Deutschland beginnen sich plötzlich die Köpfe nachdenklich zu wiegen – und das von Leuten, die in den letzten 5 Jahren vor jeder großen und desaströsen Pleite nichts gemerkt und nicht gewarnt hatten: von ENRON bis zur Immobilienpleite, von PalmSiedlungen in den Golfstaaten bis zu Energiepreisen– nicht gewarnt aber vorher bei den Beratungen hohe Margen kassiert.

Dabei ist nach den Daten der EU-Kommission Griechenland (-12,3% Defizit) im Moment nicht der „schlimmste Sünder“ in der EU, 2010 liegen Großbritannien (-12,8%) und Irland (- 14,7%) höher, Spanien mit (- 10,1%) niedriger.

Europa sieht sich früher oder später mit einem nicht bloß irischen, griechischen oder spanischen, sondern einem europaweiten Problem als Folge der Finanzkrise konfrontiert und sollte endlich gemeinsam und konzentriert Lösungen angehen. Sicher, Griechenland ist nur eine kleine Ökonomie im Konzert der großen Europäer, aber in der Kommission übersehen meines Erachtens viele all zu sehr, dass es schon an vielen Ecken der EU angefangen hat zu brennen: in den baltischen Staaten, deren Staatsbankrott knapp verhindert werden konnte, bei der überaus trüben Lage in Irland, dem Desaster in Ungarn und der sich permanent verschlechternden Wirtschaftslage in den osteuropäischen und südosteuropäischen Ländern, wie Rumänien und Bulgarien.

Griechenland wird nicht ins Wanken kommen; alle wissen, dass sich das die EU schon wegen des DOMINO-Effektes nicht leisten kann - vernünftiges Handeln vorausgesetzt. Und dies heißt:

- **Griechenlands Stabilisierungsrolle auf dem Balkan** muss erkannt und unterstützt werden; schon ein schwächerndes Griechenland hat hohe negative Auswirkungen auf seine Nachbarn, namentlich auf Bulgarien, Albanien und die frühere jugoslawische Republik Mazedonien (FYROM).

Könnte Griechenland diese Rolle nicht mehr ausfüllen, müsste Nolens Volens die EU und das heißt die großen Drei einspringen. Eine größere Stabilität auf dem Balkan ist nicht zum Nulltarif zu haben.

- **Griechenland muss seinen Staatshaushalt in Ordnung bringen.** Aber wie? Eine neoliberale Brüning'sche Radikalsparpolitik nach dem Muster Irlands würde nicht nur das Land ökonomisch und politisch destabilisieren, sondern auch seine Nachbarn, namentlich Albanien.

Die **Einnahmeseite in der Krise** in Ordnung zu bringen ist eine der Herkulesaufgaben die auf Papandreou warten, ebenso wie die **Reform des Erziehungswesens, der öffentlichen Verwaltung und das Ausräumen des Augias-Stalles Korruption** – alles ist nicht binnen kürzester Frist zu machen.

Ein **erhebliches Einsparpotential** wäre binnen kurzem in Gang zu bringen - aber nur bei voller Solidarität der EU: die **Ausgaben für den Verteidigungshaushalt**, die die höchsten in Europa und selbst in der NATO sind (über 5 % gemessen am Bruttosozialprodukt), auf den europäisch üblichen Schnitt zu kürzen. Das könnte gehen, wenn Griechenland endlich eine verbindliche Sicherheitsgarantie wie etwa die in der WEU von der EU bekäme: d.h. eine öffentliche Klarstellung, dass wer Griechenland unprovokiert angreift, alle Länder der EU angreift und Griechenland automatisch auf Beistand rechnen könnte. Für Streitfragen z.B. zwischen der Türkei und Griechenland über den Festlandsockel bliebe der Weg zu den zuständigen internationalen Gerichten offen. Der griechischen Wirtschaft würde das nicht schaden, stellt sie doch nur wenige Rüstungsgüter im Lande her: von den U-Booten bis zu Jagdflugzeugen werden sie von Deutschland, Frankreich oder den USA geliefert.

- In dieselbe Reihe gehören auch die **Ausgaben**, die mit der **Flüchtlingsproblematik mit der Ägäis** zusammenhängen: also für den Küstenschutz, die Grenzpolizei und die humanitäre Versorgung von Migranten, Flüchtlingen und Opfern von Menschenhändlern. Ohne intensive Verhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei wird sich hier nichts tun. Griechenland braucht hier dringend unsere Solidarität, auch finanzielle – wie die Flüchtlinge und Opfer von Menschenhändlern auch.

Die Klimakonferenz in Kopenhagen und ihr tragisch schlechtes Ergebnis zeigen uns, wie wenig selbstverständlich gut vorbereitete Politik und gutes Verhandeln sind. Die Europäische Union sollte zeigen, dass sie wenigstens im eigenen Haus zu solidarischem und konstruktivem Handeln bei Krisen fähig ist.